



Nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit kann ein Abkommen geschlossen werden

von Ma Jun (*Ma Jun ist Leiter des Instituts für Öffentliche und Umweltangelegenheiten. Sabrina Orlins und Wang Jingjing halfen bei der Übersetzung vom chinesischen ins Englische. Die Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche besorgte Cornelia Müller.*) Der Artikel wurde am 17.12.2009 in *Chinadialogue.net* veröffentlicht. (Siehe <http://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/3410-To-seal-a-deal-we-need-justice>).

Kopenhagen, 17. Dezember 2009

Der Abschluss eines rechtlich bindenden Abkommens scheint in Kopenhagen außerhalb jedweder Reichweite zu sein. An diesem Versagen ist für Ma Jun das Unvermögen Schuld, notwendige Wirksamkeit und den Gleichheitsgrundsatz miteinander zu vereinbaren.

Gleichheit und Wirksamkeit – widersprüchliche Ansätze?

Klimawandel ist eine der komplexesten Herausforderungen, vor denen die Welt heute steht. Die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft zusammengekommen ist, um über einen Plan zur Reduzierung von Treibhausgasen nach 2012 zu verhandeln, spiegelt den Fortschritt der menschlichen Zivilisation wider. Dennoch – die Kluft zwischen den unterschiedlichen Positionen der Entwicklungsländer und der Industrienationen hat sich in Kopenhagen als so groß erwiesen, dass der Abschluss eines rechtlich bindenden Abkommens unerreichbar scheint.

Es wird sehr schwierig werden, diese enorme Kluft nur durch technische Anpassungen zu überbrücken. Stattdessen sollten die Hauptakteure zu den fundamentalen Konzepten von Gleichheit und Wirksamkeit zurückkehren, wenn sie dieses Dilemma überwinden wollen.

Vergangenheit versus Gegenwart?

Es gibt verschiedene Ansichten, wie man sich dem Umweltprinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ nähern sollte. Untersuchungen zufolge sind die im Zuge der Industrialisierung in den vergangenen 150 Jahren ausgestoßenen Emissionen der entwickelten Länder die Hauptursache für die heutigen Auswirkungen des Klimawandels. Daher plädieren die Entwicklungsländer dafür, die Industrienationen gesetzlich zur Emissionsreduzierung zu verpflichten. Gleichzeitig sollte aber das Recht der Entwicklungsländer auf Verbesserung ihrer Lebensumstände durch wirtschaftliche Entwicklung respektiert werden; außerdem sollte es für diese armen Länder keine gesetzlich vorgeschriebenen Emissionsbeschränkungen geben. Die Industrienationen bezweifeln jedoch, dass ein solcher Plan eine erfolgreiche Maßnahme gegen den Klimawandel darstellt. Sie argumentieren, dass ihre Emissionsreduktionen schnell von den ansteigenden Emissionen der wichtigsten Entwicklungsländer wie China und Indien kompensiert würden, deren Ausstoß von Kohlendioxid sich in den letzten Jahren enorm gesteigert habe.

Hier liegt das Problem: Aus dem Blickwinkel der Umweltgerechtigkeit müssten die Industrienationen die Verantwortung für die in der Vergangenheit ausgestoßenen Emissionen übernehmen und die Entwicklungsländer sollten nicht von der gleichen Ausgangsbasis aus handeln müssen. Betrachtet man jedoch die Wirksamkeit und Effektivität, so wird deutlich, dass die Welt die gefährlichen Auswirkungen des Klima-

wandels nicht ohne Unterstützung der Entwicklungsländer bekämpfen kann. Diese müssten umgehend Anstrengungen unternehmen, ihren Emissionsanstieg einzudämmen. Hier liegt das Dilemma zwischen Gleichheit und Wirtschaftlichkeit beim Kampf gegen die globale Erwärmung.

Wirksamkeit und Gleichheit durch Technologietransfer in Einklang bringen

Angesichts eines solch globalen und für die Zukunft der Menschheit kritischen Themas sollten wir die Wirksamkeit nicht der Gleichheit opfern – wir können uns das Risiko einer Klimakatastrophe nicht leisten. Andererseits können wir auch nicht die Gerechtigkeit der Wirksamkeit opfern – ein Abkommen, das nicht auf dem Prinzip der Gleichheit basiert, kann weder umgesetzt noch in Kraft gesetzt werden. Ein guter Weg, um Wirksamkeit und Gleichheit miteinander zu vereinbaren – und Interessenskonflikte zu lösen – ist die Forderung an die entwickelten Länder, Technologien und finanzielle Mittel bereit zu stellen, die den Entwicklungsländern dabei helfen, umgehend Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

Doch solche Versprechen wurden nie verwirklicht, obwohl sie seit 1992 auf der Agenda stehen. Aus diesem Grund bestehen viele Entwicklungsländer darauf, dass ein Abkommen nur dann erreicht werden kann, wenn auch dieses Problem gelöst ist. Dies ist der größte Zankapfel der Klimakonferenz. Der Geldbetrag, den die Industrienationen zu zahlen bereit sind, ist sehr begrenzt – er liegt Lichtjahre von dem entfernt, was die Entwicklungsländer erwarten. Die Vereinigten Staaten haben gesagt, dass sie China keine Finanzhilfen für die Reduzierung ihrer Emissionen geben würden; ein chinesischer Verhandlungsführer erwiderte, dass dieser Aussage „gesunder Menschenverstand“ fehlen würde.

Dieser scharfe Kontrast zwischen den Einstellungen zeigt, dass sich die Vereinigten Staaten und einige andere westliche Nationen immer noch vor ihrer Verantwortung drücken wollen; sie sind nicht bereit, ein Abkommen auf Grundlage einer globalen Umweltgerechtigkeit zu erreichen. Manche haben nicht einmal den Mut zu erkennen, wer für die heutigen Klimaprobleme verantwortlich ist. Aus diesem Grund ist für einige Industrienationen eine rechtlich bindende Emissionsgrenze für Entwicklungsländer die Grundvoraussetzung für ihr eigenes Engagement. Darum sehen einige Industrieländer finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer als eine Art von Wohltätigkeit an, obwohl es tatsächlich eine Kompensation für die Verschmutzung ist, die sie in den vergangenen 150 Jahren verursacht haben.

Wenn wir die Positionen auf beiden Argumentationsseiten berücksichtigen wollen, müssen die Industrienationen ihre Verantwortung für vergangene Emissionen anerkennen. Auf der Grundlage eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Wirksamkeit und Gleichheit sollten wir die Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für Entwicklungsländer folgendermaßen planen: Basierend auf der Voraussetzung, dass die Grenze der durchschnittlichen globalen Erwärmung von 1,5 oder 2 Grad Celsius strikt durchgesetzt wird, sollte jede Industrienation seine historische Verantwortung schultern und rechtlich bindende Ziele für eine weitgehende Emissionsreduzierung festlegen, vor allem jene Ländern, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben.

In der Zwischenzeit sollten die am wenigsten entwickelten Länder in ihren Bemühungen um Eingrenzung und Anpassung unterstützt werden. Große Entwicklungsländer wie China und Indien haben Schwierigkeiten, ihre Emissionsziele zu erreichen und bedürfen der Hilfe der Industrienationen, um hier Abhilfe zu schaffen. Die entwickel-

ten Länder sollten dann die Entwicklungsländer umfassend finanziell unterstützen, damit diese über die freiwilligen Emissionsziele hinaus ihre Emissionen noch weiter senken können. Nachdem solch ein Multi-Milliarden-Dollar-Klimafonds erst einmal eingerichtet ist, sollte ein entsprechendes Aufsichtssystem installiert werden, um sicherzustellen, dass die Mittel effektiv genutzt und nicht missbraucht oder veruntreut werden.

Es gibt keine Zweifel, dass das größte Hindernis in Kopenhagen in dem Versagen der Industrienationen liegt, ihre historische Verantwortung anzuerkennen. Nichtsdestotrotz sollten die Entwicklungsländer nicht einfach abwarten: Sie sollten ihre eigenen Governance-Strukturen aktiv verbessern, um offene, transparente und partizipative Aufsichtssysteme aufzubauen. Dies ist nicht nur für die sozioökonomische Entwicklung in armen Ländern wichtig, sondern es wird darüber hinaus das Vertrauen anderer Akteure in eine effiziente Verwendung von zukünftigen Klimafonds stärken. Das grundlegende Thema ist schließlich die Zahlung von Schulden und die Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels. Wenn Finanzhilfen zur Emissionsreduzierung missbraucht werden, dann verpasst die Menschheit die letzte Chance, den Klimawandel zu stoppen.